

Welt der Arbeit

Ausgabe 10

www.weltderarbeit.de

16. Juni 2004

WdA im Juni

Sportereignisse von internationalem Rang stehen in diesem Sommer im Mittelpunkt des Interesses vieler Millionen Menschen. Sie erwarten spannende Wettbewerbe bei der Fußball-Europameisterschaft in Portugal und im August bei den Olympischen Spielen in Athen. *Welt der Arbeit* richtet das Augenmerk auf einen weniger beachteten Aspekt der sportlichen Großereignisse: profitable Geschäfte auf der einen Seite, auf der anderen die Ausbeutung von Textilarbeiterinnen in den armen Ländern dieser Welt. Dort werden unter miserabelsten Bedingungen die Fan-Shirts und Sportschuhe gefertigt, während die Sportbekleidungsindustrie in den wohlhabenden Ländern der Welt nichts als die Steigerung ihrer Umsätze im Sinn hat. Auf bescheidenste Sozialstandards wird in den Billiglohn-Ländern verzichtet; häufig werden nicht einmal die Menschenrechte beachtet. Sportstars unterstützen das Geschäft, indem sie sich für viel Geld zu Werbeträgern der Konzerne machen lassen – und die großen Sportorganisationen dulden den Profit durch Ausbeutung.

Inhalt dieser Ausgabe:

Profite durch Ausbeutung

Seite 1

Höchstleistungen zu Hungerlöhnen

Seite 2

Play Fair in Olympia

Seite 3

Ein Bestseller für den Frieden

Seite 4

Rote Karte für Unerwünschte; Lohngefälle; Recht auf Arbeit

Seite 5

Erosion des Flächentarifs;

Buch-Tipp; Kommentar;

Impressum

Seite 6

Profite durch Ausbeutung

Große Markenfirmen der Sportbekleidungsindustrie verletzen die Rechte von Millionen Arbeiter/innen überall in der Welt, um rechtzeitig vor den Olympischen Spielen in Athen die Geschäfte mit den neuesten Sportschuhen, Kleidungsstücken und Accessoires zu bestücken.

Die Sportartikelkonzerne betreiben keine einzige Produktionsstätte selbst, sondern kaufen ihre gesamte Ware vom jeweils günstigsten Anbieter auf dem globalen Discountmarkt. 95 Prozent aller in Deutschland verkauften Bekleidung werden heute importiert. Markenfirmen wie Nike, Adidas oder Reebok beschränken sich aufs Design, auf Werbung und Vertrieb. Mindestens 100 Euro kostet ein neues Sportschuhmodell. Aber lediglich 0,4 Prozent vom Wert des verkauften Schuhs erhält eine Näherin im Durchschnitt; bei hundert Euro sind das also 40 Cent.

Was bei der Herstellung von Kleidung und Schuhen gespart wird, investieren die Konzerne ins Marketing. Nach dem Dreiklang: mehr Werbung, mehr Image und mehr Umsatz steigen die Marketingbudgets von Jahr zu Jahr. Sportidole kassieren viele Millionen Dollar oder Euro, damit sie für die unter Niedrigstlohnbedingungen hergestellten Sportartikel werben. Mit dem Geld, das den Arbeiterinnen in den Fabriken fehlt, werden Fußballer wie Michael Ballack, Oliver Kahn und andere mit fetten Werbeverträgen fürstlich honoriert.

„Die Sportartikelindustrie pumpt Millionen ins Marketing, um für Athen gerüstet zu sein. Die Olympischen Spiele wollen das Schaufenster der Fairness sein und zeigen, was Menschen erreichen können. Doch angesichts der allgegenwärtigen Ausbeutung und Missachtung der Ar-

beitsrechte in der Sportbekleidungsindustrie wird der olympische Gedanke zur Farce“, sagt Guy Ryder, Sprecher der „Global Unions“ und Generalsekretär des 151 Millionen Mitglieder repräsentierenden Internationalen Bundes freier Gewerkschaften. Seit sich die so genannten Entwicklungs- und Schwellenländer in den 80er Jahren für ausländisches Kapital öffneten, wurde ein Großteil der Bekleidungsproduktion dorthin verlagert. Heute gibt es mehr Produktionskapazitäten als Kunden, etwa von Adidas oder Nike, nachfragen. Die Konzerne machen sich die Konkurrenz der Zulieferer zu nutze: Sie drücken die Preise. Die Produzenten können nur bestehen, wenn sie die Arbeitskosten weiter senken. Sie zahlen Löhne, die unter dem Existenzminimum liegen, und zwingen die Beschäftigten zu Höchstleistungen und unbezahlten Überstunden. Nach wie vor werden elementare Arbeitsrechte verletzt. Sehr oft ist es unmöglich bzw. verboten, Gewerkschaften zu gründen. Wer dies versucht, wird entlassen. Die Markenrechte von Nike-Swoosh und Micky Mouse sind besser geschützt als die sozialen Rechte der Arbeiter/innen.

Die Konzerne haben inzwischen eigene Verhaltenskodizes mit sozialen Mindeststandards für die Beschäftigten in den Produktionsbetrieben entwickelt, wobei sie allerdings unabhängige Überprüfungen, zum Beispiel nach den Regeln der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), ablehnen. Die Versprechungen der Konzerne, verantwortlich zu handeln, sind meistens halbherzig und selten glaubwürdig. Ohne Kontrollen wird sich die unerträgliche Situation nicht ändern.

Franz Kersjes

Sportsommer 2004

Höchstleistungen zu Hungerlöhnen

In diesen Wochen der Fußball-Europameisterschaft haben Sportartikel Hochkonjunktur. Aktienkurse und Umsätze der Bekleidungskonzerne stehen im Blickpunkt der Profiteure. Für die Werbung in den Fußballstadien zahlen die vom Veranstalter ausgesuchten Sponsoren enorme Beträge. Auch die Fußballmannschaften steigern die Gewinne der Sportartikelfirmen, besonders wenn sie erfolgreich sind. So rüstet die Adidas AG mit fünf Teams die meisten Mannschaften aus, darunter Titelverteidiger Frankreich und Vize-Weltmeister Deutschland. In den Trikots der Puma AG kicken die italienische Nationalmannschaft und drei weitere Teams. Der US-Konzern Nike schickt vier Mannschaften aufs Spielfeld, unter anderem Portugal und die Niederlande. Der Londoner Börsenneuling Umbro kleidet die Engländer und die Schweden ein.

Märchenhafte Gewinne

Die Umsätze der Sportartikel-Konzerne sind gewaltig. Mehr als 1,5 Millionen Trikots der verschiedenen Nationalmannschaften verkaufte Adidas allein im Weltmeisterschaftsjahr 2002. Selbstverständlich gibt es zur Europameisterschaft neue, zumal die Fans meistens aktuelle Ware wünschen. Das offizielle Trikot des Deutschen Fußball-Bundes gibt es in zwei Versionen: Das Original für 100 Euro (195,58 DM!) und das Leibchen „ohne integriertes Netzunterhemd“ für rund 65 Euro (127,13 DM!). Doch nur etwa 12 Prozent vom Verkaufspreis bekommen in der Regel die Herstellerfirmen in Asien und Lateinamerika, die

davon auch noch Material- und Produktionskosten bezahlen müssen. Die Stundenlöhne für die Arbeiterinnen in den Sweatshops („Schweißbuden“), in denen die Konzerne ihre Markenware herstellen lassen, liegen weit unter einem Euro. Zehntausende Kinder produzieren Fußballbälle für Nike, Adidas und andere bekannte Firmen.

Mit der Preispolitik der Konzerne verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen immer mehr. Produziert wird dort, wo es am billigsten ist. Wenn die Arbeitskosten an einem Standort nur ein wenig teurer werden, wandern die Investoren an einen kostengünstigeren Platz. Zurück bleiben Zehntausende Arbeitslose.

Brutale Ausbeutung

Der von den Konzernen ausgeübte Konkurrenzdruck auf die Zulieferfirmen führt nicht nur zu Lohndumping, sondern wirkt sich auch verheerend auf die Zustände an den Arbeitsplätzen aus. Eine zwanzigjährige Näherin in El Salvador berichtet: *„Wenn die Firma einen großen Auftrag bekommt, müssen wir von morgens um sechs bis abends um sechs arbeiten. Manchmal muss ich nach dem Abendessen weiterarbeiten, um das Pensum zu schaffen. An solchen Tagen bleibe ich zum Schlafen in der Fabrik. Die Arbeitsbedingungen sind furchtbar. Du darfst nur zweimal am Tag kurz auf die Toilette gehen und musst immer konzentriert arbeiten.“*

Um ihr Image aufzupolieren, haben die meisten Konzerne Verhaltensnormen, so genannte

Codes of Conduct, festgelegt, wie sie auch von Anti-Sweat-Shop-Kampagnen und von Gewerkschaften gefordert werden. Aber es fehlen die Kontrollen an den Produktionsorten. Dagegen wehren sich die Zulieferbetriebe nach wie vor. Außerdem fehlen zwei wesentliche Voraussetzungen: das Recht auf menschenwürdigen Lohn und das Recht auf Bildung freier Betriebsräte und unabhängiger Gewerkschaften.

Was tun?

Die Sportartikelindustrie schafft in vielen armen Ländern dieser Welt Arbeitsplätze. Deshalb wäre ein Produktboykott als Protest gegen die Arbeitsbedingungen der falsche Weg. Aber die Arbeiterinnen müssen vor Ausbeutung und Misshandlungen geschützt werden. Dafür sind vor allem die Regierungen in den exportierenden und in den importierenden Ländern, die Sportveranstalter und –verbände verantwortlich. Sie müssen wesentliche Veränderungen zur Geschäftspraxis der Konzerne erzwingen! Es müssen weltweit geltende Vereinbarungen ausgehandelt werden, um sicherzustellen, dass die Produktion in den Fabriken der Bekleidungsindustrie nicht mit der Gesundheit und dem Leben Tausender von Menschen bezahlt wird. Auch durch den Druck der Öffentlichkeit auf Unternehmen wie Adidas, Puma und Nike müssen menschenwürdige Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden.

Franz Kersjes

www.saubere-kleidung.de
www.ci-romero.de
www.nord-sued-netz.de

Play Fair in Olympia

Die Studie „Play Fair in Olympia“ zeigt die unbarmherzigen Strategien der global tätigen Sportbekleidungsindustrie. Sie produziert die neueste Mode noch schneller und billiger und mit immer kürzeren Lieferfristen. Um die Aufträge erfüllen zu können, zwingen die Zulieferer ihre Arbeiterinnen, noch länger und härter zu arbeiten und enthalten ihnen fundamentale Arbeitsrechte vor.

Im August 2004 werden sich die Athleten der Welt in Athen zu den Olympischen Sommerspielen treffen. Sie werden neue Rekorde aufstellen. Die Konkurrenten werden schneller laufen, höher springen und weiter werfen als je zuvor – und die weltweiten Sportbekleidungshersteller werden riesige Summen ausgeben, um ihre Produkte mit dem olympischen Ideal in Verbindung zu bringen. Bilder von olympischen Veranstaltungen, zur Schau gestellte Markennamen inbegriffen, werden einem weltweiten Publikum per Fernsehen ins Haus gebracht.

Die Studie „Play Fair in Olympia“ schaut hinter die Kulissen der Markennamen und stellt grundlegende Fragen über die weltweite Sportbekleidungsindustrie - Fragen, die die Diskussionen über Armut, Arbeitnehmerrechte, Handel und Globalisierung auf den Punkt bringen. Die Profite der Unternehmen in dieser Industrie gehen zu Lasten der Würde, Gesundheit und Sicherheit schutzloser Männer und Frauen und verstoßen gegen universelle ethische Grundsätze. Aber die olympische Bewegung, insbesondere das Internationale Olympische Komitee, hat sich

angesichts dieser Verstöße seltsamerweise in Stillschweigen gehüllt.

Die Expansion des internationalen Handels mit Sportartikeln, angeführt von Unternehmensgiganten wie Nike, Adidas, Reebok, Puma, Fila, ASICS, Mizuno, Lotto, Kappa und Umbro, hat Millionen von Menschen, insbesondere Frauen, als Arbeitskräfte angezogen. Von China und Indonesien bis in die Türkei und nach Bulgarien liegen Zuschnitt, Nähen, Zusammensetzen und Verpacken der Waren, die weltweit in Einzelhandelsketten verkauft werden, in Händen dieser Beschäftigten. Weit entfernt vom Scheinwerferlicht im Athener Olympiastadion kämpfen sie ihren eigenen verzweifelten Kampf ums Überleben. Sie arbeiten zahllose Stunden zu Niedriglöhnen unter schwersten Bedingungen, oft ohne elementarsten Schutz. Das Recht, Gewerkschaften zu bilden und ihnen anzugehören und das Recht auf Tarifverhandlungen werden systematisch verletzt.

„Ich habe viele Gesundheitsprobleme: Durchfall, Kopf- und Rückenschmerzen, Magenbeschwerden und Muskelkrämpfe. All das geht zurück auf die Situation in der Fabrik“.

Fatima, eine 22jährige indonesische Arbeiterin, die u.a. Produkte für adidas herstellt.

Wenn die Ausbeutung von Arbeitskräften eine olympische Disziplin wäre, würden die Giganten unter den Sportbekleidungsherstellern mühelos Medaillen einheimen. Selbst wenn die Industrie sich ihres Engagements für einige in Verhaltenskodizes gefasste beeindruckende Prinzipien

rühmt, sind es doch ihre Geschäftspraktiken, die den Druck auf dem Markt verursachen, der in der Realität zu ausbeuterischen Arbeitsbedingungen führt. In der Konsequenz wird Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein fairer Anteil an dem Wohlstand vorenthalten, den sie hervorbringen; sie bleiben in Armut verhaftet, während die Sportbekleidungsindustrie ein Globalisierungsmuster verstärkt, das Unsicherheit und Schutzlosigkeit für die Massen produziert – und Wohlstand für einige wenige.

Das der Globalisierung zugrunde liegende heutige Wirtschaftsmodell ist Kern des Problems. Dieses Modell beruht auf rücksichtslosem Preisdruck, der Forderung schneller und flexibler Lieferungen und der ständigen Verlagerung von Produktionsstätten auf der Suche nach immer billigeren Produktionskosten. Die weltweiten Sportbekleidungsunternehmen binden Millionen von ArbeitnehmerInnen über lange Versorgungsketten und komplexe Fabrik- und Zuliefernetze an bestimmte Verbrauchermärkte. Ihre mächtige Marktposition ermöglicht es den Weltunternehmen, von ihren Lieferanten Preissenkungen, kürzere Lieferzeiten und rasche Anpassung an fluktuierende Aufträge zu fordern. Unausweichlich wird der daraus resultierende Druck bis hin zum letzten Glied der Kette, den ArbeitnehmerInnen, weitergereicht – in Form von niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und Verletzungen der Arbeitnehmerrechte.

Auszug aus „Play Fair in Olympia“

Blick zurück**Ein Bestseller für den Frieden**

Der Appell „Die Waffen nieder!“ ist so aktuell wie einst. Doch ein Buch mit diesem Titel wirkt heute kaum bestsellerverdächtig. Das war anders nach der Erstveröffentlichung vor 115 Jahren. Der pazifistische Roman um Liebe und Schmerz, um Kriegsleid und Friedenssehnsucht war in seiner deutschsprachigen Originalausgabe ein gigantischer Erfolg: über vierzig Mal neu aufgelegt, im „Vorwärts“ auf Betreiben Wilhelm Liebknechts in Fortsetzungen gedruckt. „Ich brauche Ihnen nicht zu sagen“, schrieb er, „wie hoch ich Sie schätze um Ihrer Bemühungen für die Sache des Friedens und der Menschlichkeit willen“. Bald wurde das Buch in 16 Sprachen übersetzt und später zweimal verfilmt. Die Autorin war Gräfin Kinsky von Chinic und Tettau, besser bekannt unter ihrem Ehenamen Bertha von Suttner. Sie wurde zu einer der bedeutendsten Leitfiguren der internationalen Friedensbewegung. Am 21. Juni jährt sich ihr Todestag zum 90. Mal.

Der frühe Tod des Vaters hatte die Gräfin Kinsky genötigt, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen; sie wirkte als Erzieherin im Haus des Barons von Suttner. Aus der sich dort anbahnenden Liebesbeziehung zu dessen Sohn Arthur Gundaccar wurde eine heimlich geschlossene und offenbar glückliche Ehe voller gegenseitiger geistiger und politischer Anregungen. Da diese Ehe von Suttners Eltern aufs Heftigste missbilligt wurde, ging das Paar für fast ein Jahrzehnt von Wien in den Kaukasus. Bertha gab wieder Unterricht, veröffentlichte Erzählungen und arbeitete erfolgreich auch als Journalistin.

Noch vor der Heirat hatte sie Paris besucht und war dort vorübergehend als Mitarbeiterin von Alfred Nobel tätig gewesen. Bei einem späteren Besuch in Paris hörte sie von bestehenden Friedensinitiativen, auch solchen, welche die Schaffung eines internationalen Schiedsgerichts zur Vermeidung kriegerischer Auseinandersetzungen betrieben. Bertha von Suttner war begeistert; ihre pazifistische Grundhaltung bekam nun ein konkretes Ziel. Sie wollte „der Friedensliga einen Dienst leisten“ und „dem Schmerz einen Ausdruck geben, den die Vorstellung des Krieges in meine Seele brannte“. Einen durchaus emotional geschriebenen, anrührenden Roman vor dem Hintergrund sorgfältig recherchierter historischer Realität hielt sie mit Recht für die wirksamste Methode. So entstand „Die Waffen nieder!“ Der Dichter Leo Tolstoi schrieb: „Der Abschaffung der Sklaverei ging das berühmte Buch einer Frau voraus, Mrs. Beecher-Stowe. Gott gebe, dass die Abschaffung des Krieges durch das Ihre geschehe“. Der Dynamithersteller Nobel pries „den Zauber Ihres Stils und die Größe Ihrer Ideen“.

Bertha von Suttner hatte den freundschaftlichen Kontakt zu Nobel nie verloren. Sie war es, die den Industriellen davon überzeugte, neben den von ihm gestifteten Preisen für herausragende wissenschaftliche und literarische Leistungen auch einen Friedenspreis auszuloben. 1905 war Bertha von Suttner die erste Frau, die den Friedensnobelpreis erhielt. Zu diesem Zeitpunkt war Baron Suttner, ihr um

sieben Jahre jüngerer Ehemann, bereits gestorben. Er hatte die Ideale seiner Frau geteilt und war auch selbst aktiv geworden, unter anderem durch die Gründung eines Vereins gegen Antisemitismus in Wien.

Im gleichen Jahr, 1891, schuf Bertha von Suttner die Österreichische Friedensgesellschaft, vertrat diese als Präsidentin auf der Weltfriedenskonferenz in Rom und hielt dort ihre erste öffentliche Rede. Seitdem gab es keinen Friedenskongress, ob in Den Haag oder in Boston, USA, an dem sie nicht an prominenter Stelle teilnahm. Zuletzt warb sie auf einer Vortragsreise durch 50 amerikanische Städte für Abrüstung und Frieden.

Dabei war sie durchaus umstritten. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war es Frauen verboten, sich durch politische Reden öffentlich zu exponieren. Die herbste Kritik kam aber nicht von konservativ bis reaktionärer Seite, sondern posthum von einem Linken: Carl von Ossietzky (dem der Friedensnobelpreis während seiner KZ-Haft zuerkannt wurde) nannte sie weltfremd und ihr Hauptwerk einen „larmoyanten Roman“. Weil ihr, typisch Frau, „die prägnante Form mangelte“, habe sie „Kitsch“ geschrieben. Bertha von Suttner erreichte dieses Verdikt nicht mehr. Sie hat nicht die Nazis, nicht einmal mehr den Ersten Weltkrieg miterleben müssen. Sie starb sechs Wochen vor dessen Beginn – mitten in den Vorbereitungen zum Weltfriedenskongress 1914 in Wien.

Anna Riedel

Rote Karte für Unerwünschte

Wer in Zukunft in den USA ein Flugzeug besteigen will, erhält eine Farbe und eine Nummer, je nach dem, als wie gefährlich ihn ein Computersystem einschätzt: Grün bedeutet, der Passagier kann das Flugzeug besteigen. Bei Gelb muss er eine weitere Sicherheitskontrolle über sich ergehen lassen, und „rote Passagiere“ dürfen nicht fliegen.

Wer grün, gelb oder rot erhält, entscheiden die Daten, die den Sicherheitsbehörden über den jeweiligen Fluggast vorliegen und die mit den „Terroristenlisten“ verglichen werden sollen.

Schon im Sommer soll das Programm mit dem Namen „CAPPS 2“ eingesetzt werden. Einreisen aus den Ländern der Europäi-

schen Union sollen ebenfalls überprüft und eingestuft werden. Ob Namen, Geburtsdaten, ob private und berufliche Telefonnummern, ob Kreditkartennummern und E-Mail-Anschriften – insgesamt 34 personenbezogene Datensätze sollen künftig bei jeder Flugbuchung in US-amerikanischen Rechnern gespeichert werden.

Das Europäische Parlament hatte ein entsprechendes Ansinnen der USA wiederholt abgelehnt. Aber die Außenminister der EU, ausdrücklich unterstützt durch die Brüsseler Kommission, haben dem Vertrag zwischen den USA und der EU im Mai grünes Licht gegeben - und damit gegen verbindliche Datenschutzbestimmungen der EU verstoßen.

Wie gefährlich es ist, in die USA zu reisen, zeigte bereits ein Fernsehbeitrag im Magazin *Monitor* am 3. Juni dieses Jahres. Ein Geschäftsmann aus der Pfalz wurde bei der Einreise am Flughafen ohne Begründung verhört, in Handschellen gelegt und dann mit einem Gefangenentransporter ins Gefängnis von Atlanta gefahren. Er durfte weder anrufen, noch das deutsche Konsulat benachrichtigen oder einen Anwalt einschalten. Nach einigen Stunden wurde er wie ein Verbrecher nach Deutschland abgeschoben. Bis heute wollen die US-Behörden dazu nicht Stellung nehmen.

Als kürzlich deutsche Geschäftsleute zu solchen Einreiseproblemen befragt wurden, bestätigten dreiviertel der Befragten Behinderungen, Willkür und Ausweisung. Wer will sich das noch antun?

-es.

Lohngefälle

Das Lohngefälle zwischen Deutschland und Osteuropa wird nach Einschätzung von Experten noch auf Jahrzehnte hinaus bestehen bleiben und damit voraussichtlich zu einer weiteren Verlagerung von Jobs führen. Schätzungen zufolge werden sich die Lohnkosten in Osteuropa auch nach der EU-Erweiterung nur sehr langsam westlichem Niveau annähern. Wahrscheinlich wird es noch 25 Jahre dauern, bis zum Beispiel die Kosten für eine Beschäftigungsstunde in der tschechischen Industrie auf die Hälfte des deutschen Werts geklettert sein wird.

Da bleibt für die Gewerkschaften in Europa noch viel zu tun. Nur gemeinsamer, solidarischer Kampf kann erfolgreich sein.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat die Bundesregierung bei der Reform der Sozialsysteme zur Achtung internationaler Verträge und Verpflichtungen aufgefordert. Der Direktor des Instituts, Heiner Bielefeldt, erklärte in Berlin: „Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sind echte Menschenrechte und nicht nur ein Luxus in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität“.

Aus dem Recht auf Arbeit folge kein einklagbarer Anspruch auf einen konkreten Arbeitsplatz, wohl aber staatliche Pflichten in den Bereichen Beschäftigungspolitik, Arbeitsrecht, Arbeitslosen-schutz und Schutz vor Diskriminierungen, stellt die Studie „Das Internationale Menschenrecht auf Arbeit“ fest. Sie sieht

etwa bei der Ausweitung des Niedriglohnsektors und verschärfter Zumutbarkeitsregeln „das Recht auf Arbeit massiv tangiert“. Wenn künftig für einen Arbeitslosen jede legale Arbeit zumutbar sei, bedeute dies ein Verstoß gegen internationale Regeln. Wiederholt sei Deutschland von internationalen Gremien kritisiert worden. Die Reaktion der Politik sei durchgängig „eher enttäuschend“.

Frankfurter Rundschau vom 19.02.2004.

Vor 20 Jahren: Arbeitskampf in der Druckindustrie um die 35-Stunden-Woche

www.weltderarbeit.de

Recht auf Arbeit

Erosion des Flächentarifs

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) geht in diesem Jahr von einer durchschnittlichen Erhöhung der Tariflöhne um 1,9 Prozent aus. Allerdings dürfte die so genannte Lohndrift negativ bleiben. Darunter versteht man den Unterschied zwischen Tarif- und Effektiventgelt, der auf den Abbau übertariflicher und das Unterschreiten tariflicher Lohnbestandteile zurückzuführen ist.

Der Konflikt um die Verbetrieblichung der Tarifpolitik wird anhalten. Verstärkt fordern die Unternehmensverbände mit Hinweis auf den härter gewordenen internationalen Konkurrenzkampf eine umfassende Öffnung und Flexibilisierung der Arbeitszeitbestimmungen. In den konfliktreichen Tarifausschöpfungsgesprächen gehen die Gewerkschaften oftmals auf problematische Zugeständnisse ein. Für die Metallindustrie, zum Beispiel, wurde erstmals eine umfassende Öffnungsklausel mit bestimmten Verfahrensvorschriften vereinbart, die grundsätzlich eine Unterschreitung der Tarifstandards zulässt. In

der chemischen Industrie besteht die Möglichkeit, die Tarifentgelte bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur Sicherung der Beschäftigung oder zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit befristet um bis zu 10 % zu senken. Im vergangenen Jahr machten nach Angaben des WSI 51 Betriebe mit 11.715 Beschäftigten von der Entgeltensenkung Gebrauch. Seit dem vergangenen Jahr können auch Unternehmen in der Bauindustrie mit freiwilligen Betriebsvereinbarungen vom tariflichen Weihnachtsgeld abweichen.

Mit mehreren hundert Öffnungsklauseln in Tarifverträgen für rund 80 Wirtschaftszweige mit ca. 15 Millionen Beschäftigten ist die Flexibilisierung der Flächentarifverträge bereits weit fortgeschritten. Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern ist die Tarifsysteme in unserem Land relativ schwach. Deshalb müssen die gewerkschaftlichen Initiativen zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und zur Anwendung der Allgemeinverbindlichkeit für Flächentarifverträge verstärkt werden. *Quelle: WSI*

* * * *

Buch – Tipp

Klaus Werner / Hans Weiss
**Das neue Schwarzbuch
Markenfirmen**

Die Machenschaften der Weltkonzerne
Deuticke Verlag, 18,60 €

Ein hervorragend recherchiertes Buch, das wütend macht. Viele Handelsketten und Konzerne gründen ihre Profite auf Ausbeutung, Kinderarbeit, Krieg und Umweltzerstörung. Das Buch deckt die skrupellosen Machen-

schaften mit zahlreichen Beweisen auf. Es veranschaulicht die Verflechtungen zwischen globalisierter Wirtschaft und Politik. Gleichzeitig zeigt es, welche Macht jede und jeder Einzelne von uns hat, korrupte Multis und Regierungen zu einer menschenwürdigeren Politik zu zwingen.

„Ein Sachbuch-Krimi, den man so schnell nicht wieder aus der Hand legt – und schlimmer: den man so schnell nicht wieder vergisst.“ *Deutschlandradio*

Kommentar

Investieren oder sparen?

Wegen hoher Schulden haben Bund, Länder und Kommunen ihre Investitions- und Personalausgaben Jahr für Jahr gekürzt. Der öffentliche Dienst hat bisher 350 000 Stellen abgebaut. Der Staat spart, seine Investitionen sinken, Personal wird reduziert und Sozialausgaben werden gekürzt. Vergünstigungen für Unternehmer führen zu geringeren Steuereinnahmen, und die Schulden des Staates steigen. Politiker, die anscheinend völlig verwirrt sind, fordern gleichzeitig: Die Bürgerinnen und Bürger sollen weniger sparen und mehr konsumieren. Wie passt das zusammen? Es ist doch allgemein bekannt: Millionen Menschen haben keine müde Mark zum Sparen und immer weniger Geld zum Ausgeben. Der Staat zwingt sie zum Konsumverzicht. Statt die Finanzkraft des Staates durch den Abbau von Subventionen und die Einführung höherer Steuern für Reiche zu stärken, unterwerfen sich Regierungen und Parlamente den Diktaten des Kapitals - ein Wahnsinn ohne Beispiel.

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes,
Telefon: 0171 - 5 26 65 35,
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht. www.weltderarbeit.de
Nachdruck erwünscht.
Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.